

Rede des Außenministers Russlands, Sergej Lawrow, auf der 69. UNO-Generalversammlung, New York, 27. September 2014

Heute zeichnet sich immer stärker der Widerspruch zwischen der Erfordernis von kollektiven, partnerschaftlichen Handlungen im Interesse der Ausarbeitung von adäquaten Antworten auf für alle gemeinsame Herausforderungen und dem Streben mehrerer Staaten nach Vorherrschaft und nach einer Wiedergeburt des archaischen Blockdenkens ab, welches auf Kasernendisziplin und der unzulänglichen Logik „meine eigenen – die anderen“ basiert.

Die westliche Allianz mit der USA an der Spitze tritt als Kämpferin für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte innerhalb einzelner Länder auf, agiert jedoch in der internationalen Arena von den genau entgegengesetzten Positionen aus, verwirft das in der UN-Charta festgelegte demokratische Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten und versucht, für alle zu entscheiden, was gut und was schlecht ist.

Washington deklarierte offen sein Recht auf den einseitigen Einsatz von militärischer Stärke wo auch immer für die Verteidigung der eigenen Interessen. Militärische Interventionen wurden zur Norm und zwar trotz der Tatsache, dass alle in den letzten Jahren von den USA unternommenen Gewaltoperationen jammervoll endeten.

Der Festigkeit des internationalen Systems wurden heftige Schläge erteilt: die NATO-Bombardements Jugoslawiens, der Einmarsch im Irak, der Überfall auf Libyen, der Misserfolg in Afghanistan. Nur dank intensiver diplomatischer Bemühungen wurde eine Aggression gegen Syrien im Jahr 2013 verhindert. Unwillkürlich drängt sich das Gefühl auf, dass das Ziel der verschiedenen „Farbrevolutionen“ und anderer Projekte zum Sturz von unbequemen Regimen die Provozierung von Chaos und Instabilität ist.

Jetzt wurde die Ukraine das Opfer einer solchen Politik. Die dortige Situation brachte die existierenden tiefgehenden Systemmängel der bestehenden Architektur im Euro-Atlantik-Raum zum Vorschein. Der Westen schlug den Kurs auf eine „vertikale Strukturierung der Menschheit“ nach seinen eigenen, durchaus nicht harmlosen Standards ein. Nachdem sie den Sieg im Kalten Krieg und den Beginn des sogenannten „Endes der Geschichte“ erklärt hatten, richteten sich die USA und die Europäische Union auf die Ausweitung des sich unter ihrer Kontrolle befindlichen geopolitischen Raums aus, ohne dabei auf die Ausgewogenheit der legitimen Interessen aller Völker Europas zu achten. Die westlichen Partner reagierten nicht auf unsere zahlreichen Warnungen bezüglich der Unzulässigkeit der Verletzung der Prinzipien der UN-Charta und der Schlussakte von Helsinki und wichen jedes Mal der ernsthaften gemeinsamen Arbeit zur Schaffung eines einheitlichen Raums für gleiche und unteilbare Sicherheit und Zusammenarbeit vom Atlantik bis zum Pazifik aus. Abgelehnt wurde der russische Vorschlag zur Ausarbeitung eines Europäischen Sicherheitsvertrags. Man sagte uns direkt, dass juridisch verpflichtende Sicherheitsgarantien nur Mitglieder der Nordatlantikkallianz haben können, welche sich damals trotz der früher gegebenen gegenteiligen Versprechungen weiterhin gegen Osten bewegte. Der augenblickliche Übergang der NATO zu feindlicher Rhetorik, zur Beendigung der Zusammenarbeit mit Russland sogar zulasten der eigenen Interessen des Westens, zum ergänzenden Ausbau der militärischen Infrastruktur an den russischen Grenzen entblößte die Unfähigkeit der Allianz, ihren zur Zeit des Kalten Krieges zugrunde gelegten genetischen Code zu ändern.

Die USA und die Europäische Union unterstützten den Staatsstreich in der Ukraine und begannen, vorbehaltlos alle Handlungen der selbsternannten Kiewer Machthaber zu rechtfertigen, welche Kurs nahmen auf die gewaltsame Unterdrückung jenes Teils des ukrainischen Volkes, welcher die Versuche zurückwies, dem ganzen Land eine verfassungswidrige Ordnung aufzudrängen, und die eigenen Rechte auf Muttersprache, Kultur und Geschichte verteidigen wollte. Gerade dieser aggressive Angriff auf diese Rechte veranlasste die Bevölkerung der Krim, ihr eigenes Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und eine Wahl zugunsten der Selbstbestimmung zu treffen. Das war eine absolut freie Wahl, was auch immer diejenigen ersinnen, welche in erster Linie die Schuld für den inneren Konflikt in der Ukraine tragen.

Versuche, die Wahrheit zu verdrehen und Fakten hinter haltlosen Anschuldigungen zu verbergen, wurden in allen Etappen der Ukrainekrise unternommen. Nichts getan wird für die Ausforschung und Bestrafung der Schuldigen an den blutigen Februarereignissen auf dem Maidan, am Massentod von Menschen in Odessa, Mariupol und anderen Gebieten der Ukraine. Bewusst werden die Ausmaße der schrecklichen humanitären Katastrophe verkleinert, welche durch die Handlungen der ukrainischen Sicherheitskräfte im Südosten der Ukraine ausgelöst wurde. Vor einigen Tagen kamen neue erschreckende Tatsachen zum Vorschein, als in der Nähe von Donezk Massengräber entdeckt wurden. Trotz der UNO-Sicherheitsratsresolution 2166 wird die Durchführung einer sorgfältigen und unabhängigen Untersuchung der Umstände für den Absturz des malaysischen Passagierflugzeugs über ukrainischem Territorium verzögert. Die Schuldigen für alle diese Verbrechen müssen gefunden und dem Gericht übergeben werden. Andernfalls kann man nur schwer eine nationale Aussöhnung in der Ukraine erwarten.

Quelle: Außenministerium der russischen Föderation

http://www.mid.ru/bdomp/brp_4.nsf/

191dd15588b2321143256a7d002cfd40/3f07371f47ec148b44257d63002275ad!

OpenDocument

Anmerkung unserer Leserin H.H.: Wenn unser Außenminister nur halbwegs so viel Verstand hätte.